

15.33

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum (ohne Fraktionszugehörigkeit, Niederösterreich): Grüne Niederösterreich. Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Grüne möchte ich zuallererst natürlich einmal meine Kritik anbringen an der Zuständigkeit des Umweltministeriums beziehungsweise der **Zusammenfassung** von Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium.

Während der Regierungsverhandlungen habe ich schon den Eindruck gehabt, das Umweltministerium wird aufgelöst, weil man überhaupt nichts davon gehört hat, dass in diesem Bereich auch ein Minister vorgesehen ist. Es war immer nur die Rede vom Landwirtschaftsminister.

Es hat sich ja auch schon in der vergangenen Gesetzgebungsperiode gezeigt, dass der Umwelt- und Landwirtschaftsminister in erster Linie seine **landwirtschaftlichen** Agenden wahrgenommen hat. Im Umweltbereich hat er auch nicht wirklich sehr viele Kompetenzen und Agenden, und das ist für uns ein großes Problem. Wir sind der Meinung, dass die dringenden Probleme jetzt angegangen werden müssen: Das ist die Frage der Energieversorgung, die Frage, in welcher Form wir künftig unsere Energieversorgung sicherstellen, die Frage der Mobilität: Welche Verkehrsmittel sollen künftig vor allem zur Verfügung stehen?, und die Frage der Energieeffizienz.

Das sind wichtige Themen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen müssten – aber wir haben ein Umweltministerium, das in Wirklichkeit in diesen Bereichen überhaupt keine Kompetenz hat und eigentlich nichts zu sagen hat.

Ein Problem, das sich daraus ergibt, ist, dass wir beim Klimawandel unsere Klimaschutzziele bei Weitem nicht erreichen. Da steht dann immer der Herr Minister draußen und zieht den Kopf ein und lässt sich schelten. Das ist zwar ein netter Akt von ihm, bringt uns aber in Österreich keinen Schritt weiter, was die Klimapolitik und unseren CO₂-Ausstoß betrifft. Diesen Titel „Umweltminister“ müsste man sich eigentlich auch verdienen, aber das ist eben sehr schwierig, wenn man in erster Linie Landwirtschaftsminister ist.

Wir haben voriges Jahr im Juni hierherinnen eine heftige Diskussion gehabt, als es darum ging, ein Klimaschutzgesetz zu schaffen, das die Grünen schon seit Langem fordern und das uns Herr Minister Pröll damals noch intensivst versprochen hat. Er hat gesagt hat: Im Sommer ist das Klimaschutzgesetz fertig! – Im neuen

Regierungsübereinkommen heißt es, dass wir ein Klimaschutzgesetz wieder „anstreben“ werden.

Das Problem ist, dass Umweltschutz bekanntlich eine Querschnittsmaterie ist. Es müssten sehr viele Bereiche angesprochen werden, es müsste in sehr viele Bereiche eingegriffen werden, und unser Umweltministerium hat, wie es jetzt aussieht, in den meisten dieser Bereiche leider absolut keine Möglichkeit einzugreifen.

Kollege Schennach hat schon angesprochen, dass für das Thema **Energie** nur der Wirtschaftsminister zuständig ist. Der Umweltminister kann dann zwar sagen: Wir hätten gerne ein netteres Ökostromgesetz, und schöner könnte es schon sein, und wir hätten gerne ..., aber das hilft uns nicht viel weiter. Das heißt, hier fehlen die Kompetenzen, und diese würden wir einfordern. Nachdem ihr aber beschlossen habt, das wieder so zu gestalten wie in den letzten Legislaturperioden, können wir dem Bundesministerengesetz auch nicht zustimmen.

Lieber Herr Kollege Konečný, da Sie vorhin gesagt haben, in diesen schwierigen Zeiten sollte auch die Opposition mit der Regierung zusammenstehen und gemeinsam arbeiten: Es wäre schön, wenn die Regierung mit der Opposition vorher auch reden würde und sie befragen würde, was denn so Thema und Sache wäre. Dann könnte man auch verlangen oder sich wünschen oder vorstellen, dass die Opposition mitstimmt.

Ein weiterer Punkt, von Kollegem Schennach auch schon kurz angesprochen, ist die Verknüpfung des Umweltministeriums mit dem Landwirtschaftsministerium. Dass das von Haus aus Probleme mit sich bringt, ist logisch; das kommt immer wieder zutage. Gerade was Landwirtschaft und Gewässerschutz angeht ist natürlich ein gewisses Konfliktpotential vorhanden. In Niederösterreich zumindest hängt es in den Gemeinden, in denen das Grundwasser nicht so sauber ist, dass es als Trinkwasser geeignet wäre, wo es also Trinkwasserprobleme gibt, in den meisten Fällen mit der Landwirtschaft zusammen.

Ich denke, da hat der Minister sehr wohl die Gesetzgebungskompetenz, was Düngemittel betrifft, was Pflanzenschutzmittel betrifft – und das sind die Probleme, die wir im Gewässerschutz haben. Da gibt es ein Konfliktpotential, und viele dieser Interessenskonflikte gehen in den letzten Jahren immer wieder zugunsten der Landwirtschaft aus. Es ist zu befürchten, da die Konstellation jetzt mit dem neuen Minister die gleiche ist wie vorher, dass diese Konflikte auch künftig eher zugunsten der Landwirtschaft und weniger zugunsten der Umwelt entschieden werden.

Ein weiterer Kritikpunkt der Grünen am Bundesministeriengesetz ist die **fehlende Integrationspolitik**. Integrationspolitik wäre gefragt. Wenn man die Schlagzeilen liest: Da heißt es, die sind alle nicht integrationswillig, vor allem die Türken, war heute im „Kurier“ zu lesen. Nur: Integration ist eine Hol- und eine Bringschuld, und als Staat muss ich auch ein Angebot schaffen, damit Menschen sich in dieser Gesellschaft integrieren können. Wenn ich Migranten immer nur als Feindbild sehe und darstelle, dann werden diese sich hier auch nicht so gut integrieren wollen und können.

Die Migrationspolitik in Österreich hat sehr viele Facetten. Da gibt es das Asylrecht, da gibt es das Fremdenrecht, aber im Prinzip geht es immer wieder in die Richtung – und da hat die ÖVP auch im Wahlkampf einiges dazu beigetragen –, dass alles Fremde bei uns zum Fürchten ist und an eine Integration in Wirklichkeit nicht gedacht ist. Keine Frage: Es gibt Probleme bei der Integration. Es ist das ein wichtiges Thema, und man müsste endlich etwas machen. Es spielen sehr viele Bereiche zusammen: Das fängt bei der Kinderbetreuung an und geht weiter bis zu Frauen, die ihre Rechte durchsetzen können sollten und so weiter.

Dieses wichtige Thema sollte koordiniert werden, und dazu würde es zumindest ein Staatssekretariat brauchen. Dieses Staatssekretariat müsste im Bundeskanzleramt angesiedelt sein, aber so etwas ist von den Regierungsparteien offensichtlich noch nicht einmal angedacht. Ich bin der Meinung, das wäre eine ganz dringend zu erledigende Aufgabe. Politik muss endlich ein Angebot schaffen, damit wir nicht im nächsten Wahlkampf wieder das Lager des rechten Populismus stärken.

Nur ganz kurz zu einigen Ausführungen von vorhin bezüglich der Grünen Bundesratsfraktion, die derzeit nur zu einem Drittel von Frauen besetzt ist. So viel ich weiß, sind wir keine Fraktion mehr. Wir haben außerdem schon ganz andere Verhältnisse gehabt. Ich kann mich erinnern, dass der Kollege Schennach schon mit drei Frauen hier herinnen gesessen ist. Im Prinzip haben wir unsere Quote von 50 Prozent, aber in der Länderkammer ist das manchmal nicht ganz so einfach zu beschicken.

Allerdings: Die Regierung wäre leichter mit einer Quote zu beglücken als jetzt die Bundesratsfraktion der Grünen, weil die Bundesratsfraktion der Grünen, die es nicht mehr gibt, ja in verschiedenen Ländern gewählt wird. Die Regierungsmitglieder suchen sich nur zwei Parteien aus. Da wäre eine 50-Prozent-Hürde eigentlich locker zu schaffen. In der Bevölkerung sind die Frauen ja auch mit 51 Prozent vertreten.

Dann noch ganz kurz zu den Ausführungen des Kollegen Kampl, der sich da die Zusammenarbeit zwischen Bundesheer und Polizei wünscht. Eine wirklich intensive

Zusammenarbeit von Bundesheer und Polizei hat man in Militärdiktaturen, und die wünsche ich mir **nicht**. (*Beifall bei Bundesräten ohne Fraktionszugehörigkeit.*)

15.41

Präsident Harald Reisenberger: Zu Wort gemeldet ist Herr Staatssekretär Mag. Schieder. Ich erteile es ihm.